

Positionspapier des Betriebsrates und der IGBCE in der PCK

Die Beschäftigten der PCK und die Mitglieder der IGBCE in der PCK verurteilen den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine auf das Schärfste. Wir alle erwarten, dass dieser völkerrechtswidrige Angriffskrieg und das Morden sofort beendet werden.

Die EU-Kommission hat in den Entscheidungen vom 30.05./31.05.2022 zum 6. Sanktionspaket gegen Russland zwar den Rohölimport über die Pipeline ausgenommen, doch Deutschland und Polen haben per Protokollerklärung bekräftigt, dass sie zum Jahresende 2022 die Einfuhr von russischem Öl über die Druschba-Pipeline beenden werden.

Für die PCK Raffinerie ist die Druschba-Pipeline seit 60 Jahren die absolute Lebensader. Seit Inbetriebnahme wird die PCK zuverlässig, kostengünstig und ökologisch sinnvoll mit russischem Erdöl über die Pipeline versorgt. Diese Entscheidung der Bundesregierung bereitet uns zum heutigen Zeitpunkt große Sorgen. Aktuell fehlt uns die Fantasie, wie ohne die Rohölaufuhr über die Druschba-Pipeline unsere Raffinerie weiterhin wirtschaftlich gut betrieben werden kann. Mit dieser Entscheidung der Bundesregierung sehen wir in der Folge unsere Arbeits- und Ausbildungsplätze erheblich in Gefahr. Es wurde politisch entschieden, dass kein Rohöl mehr aus Russland über die Druschba-Pipeline bezogen wird. **Wir stellen uns dieser Herausforderung.** Dafür brauchen wir aber klare schriftliche Zusagen, wie die Raffinerie alternativ versorgt werden soll. Es dürfen keine Arbeits- und Ausbildungsplätze verloren gehen und insbesondere für die jungen Generationen müssen Zukunftsperspektiven aufgezeigt werden, damit sie dem Standort nicht verloren gehen.

Gleichzeitig müssen jetzt mittel- und langfristige Konzepte entwickelt werden, um die ohnehin vor uns liegende Transformation voranzubringen. Auch dafür bedarf es der Unterstützung seitens der Landes- und Bundesregierung durch **verbindliche, schriftliche Zusagen.**

Wir sind bereit den Prozess der Transformation mitzugestalten und sehen diesen als Chance für die Region und unser Unternehmen! Daher nehmen wir die Bundesregierung und das Land Brandenburg in die Verantwortung und fordern u.a.:

1. zeitnah

- Erhalt aller 1200 Arbeits- und Ausbildungsplätze im Flächentarifvertrag der chemischen Industrie
 - Sicherung der Beschäftigung - auch durch Weiterbildung und Qualifizierung,
 - dafür zeitnahe Bereitstellung von öffentlichen Mitteln sowie handfeste, politische Zusagen (Beispiel Braunkohle-Ausstieg)
- Ausgleich wirtschaftlicher Defizite (für Arbeitnehmer und Arbeitgeber)
- Sicherstellung einer ausreichenden Rohölversorgung (damit wir über die Zeit kommen)
- Bau einer 2. Leitung von Rostock nach Schwedt (die derzeitige Leitung ist nicht für einen Dauerbetrieb konzipiert)
 - die Leitung muss so gebaut werden, dass sie für zukünftige Medien geeignet ist
- Klärung der Gesellschafterstruktur
- Transformationsprozess gestalten, Projekte anschieben und umsetzen sowie Bereitstellung finanzieller Mittel sowie Begleitung dieses Prozesses,
 - dafür schlagen wir als mögliche Partner die Stiftung Arbeit und Umwelt der IGBCE, das Qualifizierungsförderwerk Chemie Nordostchemie, den DGB Berlin-Brandenburg und weitere vor

2. mittelfristig

- schnelle, straffe Genehmigungsverfahren hinsichtlich des Aus- und Umbaus der PCK hin zu einer „grünen“ Raffinerie
- umfangreiche Infrastrukturmaßnahmen wie z.B.
 - Erweiterung der Schienenanbindung, im Speziellen ein zweites Gleis zum PCK-Bahnhof und die Weiterführung des bestehenden Gleises an den Schwedter Hafen,
 - eine direkte Autobahnanbindung für die PCK
 - Ausbau Rostocker Hafen
 - Ausbau Schwedter Hafen damit EU-Schiffe evtl. auch Rohöl herbringen und zukünftig Fertigprodukte abholen können, dafür muss eine Leitung vom Hafen zur PCK gelegt werden
 - Förderung der Fachkräftesicherung und -entwicklung,

Es geht um den Erhalt unserer Arbeits- und Ausbildungsplätze!

Es geht um unsere Zukunft!

Wir erwarten zeitnah weitere umfassende Informationen und verbindliche schriftliche Zusagen über den aktuellen Sachstand zu den Lösungen für unser Werk und die gesamte Region!

Wir sind bereit Perspektiven und Expertisen der Belegschaft in die Lösungsfindungen in den Bundes- und Landesarbeitsgruppen einzubringen.